

Kritik an höheren Hürden für eine Volksbefragung

LINZ. Ein Beschluss des oberösterreichischen Landtags wird von Bürgerinitiativen und Demokratieaktivisten scharf kritisiert. Am 9. Juli stimmten ÖVP, FPÖ und SPÖ für eine Änderung des Stadtstatuts von Linz, Wels und Steyr. Demnach dürfen Unterschriften für Volksbefragungen nicht mehr im öffentlichen Raum gesammelt werden, sondern müssen persönlich beim Magistrat abgegeben werden. Zudem wurde die Frist dafür auf vier Wochen verkürzt. Bürger, die aktiv mitgestalten wollen, würden durch die weiteren Verschärfungen der ohnehin schlechten direktdemokratischen Regeln richtiggehend verhöhnt, kritisiert die Initiative „mehr demokratie!“.

Angestoßen hatte die Reform der Städtebund unter der Führung des Linzer Bürgermeisters Dietmar Prammer (SP) – als Learning aus den letzten Sammlungen, wo Ordner mit teils unleserlichen Unterschriften übergeben wurden und vom Magistrat mühsam überprüft werden mussten. Dann habe man den Schwarzen Peter, weil im Raum stehe, man würde Unterschriften nicht anerkennen, wie zuletzt bei der Sammlung für eine Volksbefragung zum Westring-Ausstieg. „Natürlich ist es nicht mehr so einfach, diese Unterschriften zu sammeln, aber ich glaube, dass es fair ist“, sagt Prammer zu den OÖN. (cdi)